

Text: Übersetzung/Zusammenfassung: B. Balázs

Interview hvg.hu (sozialliberales Portal für Politik, Wirtschaft u. Kultur), Interviewer: Iván M. Szegő.

„Deutschland stand zu seiner Verantwortung - Interview mit Berliner Minderheitenbeauftragtem“

Der 1959 als Kind aus Oberschlesien stammender Eltern geborene deutsche CSU-Bundestagsabgeordnete Hartmut Koschyk besuchte in den vergangenen Tagen Budapest. Früher bekleidete Koschyk den Posten des Generalsekretärs des Bundes der Vertriebenen. Er war Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, bevor er Beauftragter der Bundesregierung für Minderheiten wurde. Nach seinen Gesprächen in Budapest zu Minderheitenfragen beantwortete er Fragen ungarischer Journalisten.

hvg.hu: Sie waren auch schon in den 1990-er Jahren in Budapest. Sprachten Sie damals auch über Minderheitenfragen?

Hartmut Koschyk: Ja. Ich habe mit Mitgliedern des Minderheitenausschusses und führenden Persönlichkeiten im damaligen ungarischen Parlament in einer offenen Atmosphäre gesprochen, damals ging es auch um Möglichkeiten der Parlamentsvertretung für die Minderheiten.

hvg.hu: Inzwischen gibt es ein neues Wahlsystem in Ungarn, mit neuen Möglichkeiten für die Minderheitenvertretung im Parlament. Wer die Nationalitätenliste anführt, kann bereits mit 19.000 bis 24.000 Stimmen einen Parlamentssitz bekommen. Wie bewerten Sie diese aktuellen Änderungen?

H.K. Man muss die Wahlen abwarten, und erst dann kann man entscheiden, ob das neue Wahlsystem entsprechend funktioniert. Man muss zunächst schauen, wieviele Nationalitätenvertreter ins Parlament kommen und danach einen Erfahrungsaustausch mit der ungarischen Ombudsfrau, Parlamentsvertretern und Vertretern der Minderheiten führen. Die ungarische Ombudsfrau hatte vor kurzem bereits die Minderheitenvertreter zu einem Meinungsaustausch eingeladen. (Anm. der Redaktion: Die Zuständigkeit für Minderheiten liegt gegenwärtig bei Frau Dr. Szalayné, eine von 3 Stellvertretern des Ombudsmannes der ungarischen Regierung). Ich bin erst im Januar – kurz vor den jetzt in Ungarn angesetzten Wahlen – Minderheitenbeauftragter geworden. Man muss das Ergebnis der Wahlen abwarten, danach kann man sich weiter dazu äußern.

hvg.hu: Wer aber wählen will, der muss sich für die Nationalitätenliste registrieren lassen, obgleich in Ungarn das Bekenntnis zur Nationalität mit einem Gefühl von Gefahr verbunden sein könnte. So wurde z.B. nach der Volkszählung von 1941, anhand der damals angegebenen Daten, ein bedeutender Teil der hier heimischen Deutschen vertrieben.

H.K. Über diese Frage muss debattiert werden. Aber diesen Dialog muss die ung. Regierung mit den Nationalitäten in Ungarn führen. Davor sollten sich die Ungarndeutschen, die Zigeuner, die Serben, die Kroaten und anderen Minderheiten mit dem Budapester Kabinett, der Nationalitätenombudsfrau zu Verhandlungen zusammensetzen. Wenn das besprochen wurde und sich Gelegenheiten für Konsultationen mit den Vorsitzenden der Minderheiten bzw. mit ungarischen Staatsbeamten bieten, kann eine Meinungsbildung entstehen und auch die deutsche Regierung kann sich erst danach zu dieser Angelegenheit äußern.

hvg.hu: Wie sieht Ihre Meinung zum ungarischen Gedenktag an die Vertreibung der Deutschen aus?

H.K.: Das ist eine ungarische Angelegenheit, sie sorgte aber in Deutschland für ein außerordentlich positives Echo, und auch ich werte es als sehr positiv. Gedenktage sind wichtig, sie dürfen allerdings nicht zur Routine erstarren. Den Menschen muss eine Botschaft vermittelt werden, und es sollte zur inneren Überzeugung werden, dass den Ungarndeutschen Unrecht geschah. Deshalb ist auch, aber nicht nur der Gedenktag wesentlich. Wenn Kinder einer ungarischen Schule zur Vertreibung der Ungarndeutschen befragt werden und sie nichts darüber wissen, dann hat der Gedenktag sein Ziel nicht erreicht. Deshalb wäre es z.B. sehr gut, wenn das von der Universität in Pécs kürzlich herausgegebene Buch über die Geschichte der Ungarndeutschen auch ins Ungarische übersetzt und Ungarn zugänglich gemacht würde.

hvg.hu: Gibt es Änderungen in der Nationalitätensituation in Deutschland?

H.K.: Bereits während der Amtszeit meines Vorgängers wurde die Vertretung der Friesen, Dänen, Sorben sowie der Sinti und Roma in Berlin eröffnet. In Kürze werde ich die Minderheitenbüros in Kiel, Heidelberg, Bautzen und Friesland besuchen. Wir werden dem Europa-Rat und der EU unsere Minderheitendirektive bzw. die (Anwendung der) Minderheiten-Sprachcharta in Deutschland vorlegen. Zuerst müssen wir die eigenen Hausaufgaben lösen, erst dann können wir das von anderen Ländern, in denen auch Minderheiten leben, erwarten.

hvg.hu: Welche Meinung vertreten Sie zum Mahnmal der deutschen Besetzung Ungarns, welches jetzt in Budapest in Planung ist?

H.K.: Deutschland stellte und stellt sich immer der Verantwortung für die Naziverbrechen, welche an ungarischen Staatsbürgern, auch an ungarischen Juden, nach der Besetzung durch die Deutschen begangen wurden. Dass wegen der Mahnmalfrage Spannungen entstanden, ist bedauerlich. Es wäre besser gewesen, wenn, wie das auch im Zusammenhang mit dem Holocaust-Gedenkjahr passierte, die ausländischen Botschaften in die vorangehenden Konsultationen einbezogen worden wären. Gleichzeitig habe ich den nach meinen hiesigen Gesprächen den Eindruck, dass die ungarische Regierung die Rolle der ungarischen Helfer des Nationalsozialismus nicht abstreitet, auch nicht die Teilverantwortung der ungarischen staatlichen Behörden für die damaligen Geschehnisse. In diesem Sinne äußerte sich auch der ungarische Botschafter in Deutschland, József Czukor, als er vor einigen Tagen die Gedenkstätte Sachsenhausen besuchte. Die Rede, die er im ehemaligen Konzentrationslager hielt, ließ hier überhaupt keinen Zweifel aufkommen. Ähnlich äußerte sich auch der ungarische UN-Botschafter in New York. Jetzt muss die ungarische Regierung ihre Absichten im Zusammenhang mit dem Mahnmal offenlegen und könnte so die entstandenen Spannungen abbauen.

Beitrag von Krisztin Erdei im öffentlich-rechtlichen „Kossuth“-Radio:

„Deutschland wertet Ungarns Minderheitenpolitik positiv. Im Zusammenhang mit dem geplanten Mahnmal der deutschen Besetzung vertraue er darauf, dass es gelingt, die Missverständnisse abzubauen.“ Das sagte der neue Beauftragte der Bundesregierung für Minderheitenfragen, Hartmut Koschyk, während seines ersten offiziellen Ungarnbesuchs.“

O-Ton Koschyk (übersetzt): Seit Anfang der 90-er Jahre, seit der ersten Fassung des Minderheitengesetzes verfolge ich die Nationalitätenpolitik in Ungarn aufmerksam, und hielt es für wichtig, dass ich gleich nach meiner Ernennung Budapest einen offiziellen Besuch abstatte. In Ungarn gibt es ein neues Wahlgesetz, deshalb wollte ich mich gern vor den Wahlen überzeugen, wie die Nationalitäten an der Wahl-Kampagne teilnehmen können. Ich halte es für wichtig, auch zukünftig mit der ungarischen Regierung, den Vorsitzenden der Minderheitenorganisationen und später auch mit den Mitgliedern des neuen Parlaments, worunter sich hoffentlich viele Minderheitenvertreter befinden, regelmäßig Konsultationen zu führen. Ich habe Gespräche mit der neuen Ombudsfrau geführt, weil ich wissen wollte, inwieweit der stellvertretende Status die Rechtsschutz-Arbeit in diesem Bereich beeinflusst. Die neue stellv. Ombudsfrau übt ihre Tätigkeit pflichtbewusst und beispielhaft aus.